



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin: Dienstag, 20.05.2025
Sitzungsbeginn: 15:33 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Raum, Ort: Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Pia Redenius	bis 16:50 Uhr (Vorsitz)
Jens-Peter Schultz	ab 16:50 Uhr (Vorsitz)
Wolfgang Goralczyk	Vertretung für: Herrn Christian-Tobias Gerlach ab 15:50 Uhr

Grundmandat

Dirk Neumann
Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Johannes Dau	
Jonas Korn	
Ulrich Mädge	
Heide Schmidt	
Tobias Siewert	bis 17:00 Uhr
Uwe Wenk	

Verwaltung

Markus Moßmann
Jürgen Kipke
Jörg-Dieter Silex

Mitglieder des Gremiums

Carmen Maria Bendorf	
Ulrich Blanck	
Burghard Heerbeck	bis 17:00 Uhr
Andrea Kabasci	bis 18:42 Uhr
Jörg Kohlstedt	
Martin Lühmann	bis 15:45 Uhr

Protokollführung

Katrin Schütte

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2024	
4	Genehmigung des Protokolls vom 05.02.2025	
5	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
6	Einwohnendenfragen	
7	Information zum Nahverkehrsplan des Landkreises Lüneburg	VO/11758/25
8	Anfrage "Anbindung des geplanten Bahn-Haltepunkts an die Universität (Anfrage des AStA vom 06.05.2025, eingegangen am 06.05.2025)	VO/11885/25
9	Anfragen im öffentlichen Teil	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern fest. Sie begrüßt insbesondere Kreisrat Müller, Frau Harlfinger-Düpow, Leitung des Fachdienstes Mobilität beim Landkreis Lüneburg und Herrn Gröning, Mitarbeiter im Fachdienst Mobilität des Landkreises Lüneburg.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll vom 04.12.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 05.02.2025

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Das Protokoll vom 05.02.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Zu TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden. Er informiert darüber, dass am 28.05.2025 eine Sondersitzung des Mobilitätsausschusses unter Zuladung des Wirtschaftsausschusses stattfinden werde. Das Thema Parkhaustarife werde behandelt, Herr Manzke als Geschäftsführer der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH (Lüneparken) werde hierzu berichten.

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität – , gibt bekannt, dass am 05.06.2025 eine Informationsveranstaltung zu den Baustellen an der Bleckeder und Dahlenburger Landstraße und deren Auswirkungen stattfinden werde. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folie 7).

Zu TOP 6 Einwohnendenfragen

Es werden keine Einwohnendenfragen gestellt.

Zu TOP 7 Information zum Nahverkehrsplan des Landkreises Lüneburg VO/11758/25

Der Mobilitätsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung möge eine abschließende Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplans des Landkreises Lüneburg abgeben und neben den seitens der Verwaltung bereits vorgetragenen Aspekten diese um die in der Sitzung vorgetragenen Aspekte ergänzen. Der Verwaltungsausschuss wird in seiner Sitzung am 17.06.2025 über die abschließende Stellungnahme informiert

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Erster Stadtrat Moßmann verweist zunächst auf die Vorlage VO/11758/25 und führt dazu aus Sicht der Verwaltung aus.

Kreisrat Müller führt grundlegend zum Nahverkehrsplan aus, dann berichten Herrn Gröning, Mitarbeiter im Fachdienst Mobilität des Landkreises Lüneburg und Frau Harlfinger-Düpow, Leitung des Fachdienstes Mobilität beim Landkreis Lüneburg, dazu. Die Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 9-47).

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die Fragen zur Präsentation zusammengefasst im Protokoll dargestellt.

Ratsherr Soldan fragt, welche Gruppen aus der Hansestadt Lüneburg dem geplanten Fahrgastbeirat angehören sollen. Herr Gröning nennt den Seniorenbeirat, den Behindertenbeirat, VCD, ADFC und weitere Verbände, um den Gründungsprozess anzustoßen. Der Landkreis Lüneburg werde breit dazu aufzurufen, sich für den Fahrgastbeirat zu bewerben, um die Perspektive der ÖPNV-Nutzenden einbringen zu können.

Herr Wenk, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, möchte wissen, nach welchen Kriterien Fahrradbügel an Bushaltestellen im Landkreis installiert werden. Frau Harlfinger-Düpow antwortet, dass sich der Landkreis hier am Haltestellenkonzept der Verkehrsgesellschaft Nordostniedersachsen orientiere, dieses aber im Rahmen der Erstellung des Nahverkehrsplanes noch einmal überarbeite. Dabei würden auch die Standards des HVV mitberücksichtigt. Die Ausstattung und der Ausbau der Haltestellen an Kreisstraßen obliege dem Landkreis Lüneburg, an Landesstraßen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, bei den übrigen Haltestellen greife die Zuständigkeit der jeweiligen kommunalen Straßenbaulastträger. Daher habe der Landkreis Lüneburg nicht für alle Haltestellen des Landkreises Einflussmöglichkeiten zur Installation von Fahrradbügeln.

Weiter fragt Herr Wenk nach der Entwicklung eines autonomen Busverkehrs. Herr Müller sagt, dass die MOIN die Entwicklung des autonomen Verkehrs im Blick habe, dass es aber noch keine konkreten Pläne hierzu gebe.

Ratsherr Soldan bemängelt, dass im Entwurf des NVP keine konkreten Maßnahmen zum Schulbusverkehr genannt seien, die Forderung, den Beginn der Unterrichtszeiten an verschiedenen Schulen zu staffeln, halte er für unrealistisch. Ratsherr Soldan macht darauf aufmerksam, dass die Aussage auf Seite 53 des NVP „Der ÖPNV erschließt das gesamte Stadtgebiet“ falsch sei, da Hagen und Wilschenbruch nicht erschlossen seien, er bitte um Änderung.

Herr Gröning verweist auf das Maßnahmenpaket der On-demand-Verkehre, durch die die bisher nicht erschlossenen Gebiete an den ÖPNV angebunden werden sollen. Frau Harlfinger-Düpow ergänzt, dass die Staffelung der Unterrichtszeiten für die Entzerrung des ÖPNV das Optimum darstelle, das tatsächlich derzeit geprüft werde.

Ausschussvorsitzende Redenius kritisiert, dass sich die Verknüpfung von Park-and-ride und Bike-and-ride (siehe Maßnahmenpaket 12) nur auf Bahnhöfe beziehe. Sie sei der Meinung, dass gerade an den Einfahrtsstraßen von Lüneburg diese Verknüpfung wichtig sei, damit Menschen auch ohne ihr Auto die Innenstadt erreichen könnten. Herr Gröning nimmt diese Anregung auf.

Herr Müller führt nach einer Rückfrage des Ratsherrn Soldan aus, dass die MOIN durch Einführung eines 20-Minuten-Taktes im Stadtbusverkehr von Montag bis Freitag und eine geringfügige Anpassung der Linienführung mit den jetzt bestehenden Kapazitäten an Fahrzeugen und Personal auskomme.

Ratsfrau Kabasci wünscht sich eine Ausweitung des Nachtbusangebots. Herr Müller berichtet, dass die MOIN zum ÖPNV während der Nachtstunden noch mit dem Landkreis in der Verhandlung stehe.

Ratsherr Goralczyk bittet um Auskunft, wie die Gebiete Häcklingen, Rettmer, Hagen und Neu-Hagen nachts mit dem ÖPNV erreichbar sein werden. Herr Müller nennt die Linie 5061, die die östlichen Stadtteile anbindet. Um auch Rettmer und Häcklingen anbinden zu können, müsste ein Umweg von 12 Minuten gefahren werden, dies sei mit den geplanten Kapazitäten nicht leistbar. Frau Harlfinger-Düpow fügt hinzu, dass zurzeit beim Landkreis die Fortsetzung des jetzigen ASM-Angebots geprüft und geplant werde.

Ratsherr Kohlstedt hält die jetzige Planung zu den Nachtbuslinien für überarbeitungswürdig. Wichtige Stadtteile, z.B. Kreideberg oder Hanseviertel, würden nicht angefahren. Herr Müller entgegnet, dass mit nur drei Nachtbuslinien leider nicht das gesamte Stadtgebiet abgedeckt werden könne. Frau Harlfinger-Düpow setzt hinzu, dass die flexiblen Bedienformen die Feinerschließung übernehme. Herr Gröning betont, dass die Nachtbuslinien mit dem Metronom vertaktet seien, große Umwege würden diese Vertaktung zumindest stören. Er schläge vor, zunächst mit den drei vorgestellten Nachtbuslinien zu starten und bei Bedarf nachzusteuern.

Ratsherr Blanck schließt sich der Kritik des Ratsherren Kohlstedt an.

Frau Harlfinger-Düpow betont, dass der Nahverkehrsplan ein orientierendes Instrument darstelle, das den Rahmen für den ÖPNV setze. Er ersetze keine detaillierte Planung, die auf einer anderen Ebene stattdfinde. Sie schläge vor, die Diskussion nicht zu sehr auf einzelne Fragestellungen, z.B. Linienführung, zu fokussieren.

Herr Dau, beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, bittet um Erläuterung des vorgesehenen Evaluationszeitrahmens von fünf Jahren. Herr Müller legt dar, dass die Linienkonzessionen auf mindestens fünf Jahre vergeben werden, nach Auswertung von Fahrgastzahlen und ersten Erfahrungen mit neuen Linien könnten jedoch auch nach unter fünf Jahren Anpassungen im ÖPNV erfolgen.

Ratsherr Soldan spricht das Thema des subjektiven Sicherheitsbedürfnisses an und verweist auf die Regelung im hvv über den Wunschausstieg-Bus ab 21 Uhr außerhalb des dichtbesiedelten Hamburger Stadtgebietes. Dies könne er sich auch für die Nachtbuslinien auf dem Lüneburger Stadtgebiet vorstellen. Herr Müller bejaht diese Möglichkeit grundsätzlich, es müsse sich selbstverständlich in den betrieblichen Ablauf integrieren lassen.

Erster Stadtrat Moßmann fasst die aus Sicht der Verwaltung wesentlichen Punkte zusammen. Es sei begrüßenswert, dass es ein Nachfolgekzept für das ASM gebe. Einen generellen Überarbeitungsbedarf sehe er in der nahverkehrlichen Erschließung des gesamten Stadtgebietes während der Abend- und Nachtstunden.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, fragt nach der Verknüpfung von Nachtbuslinien und On-demand-Verkehren und ob eine parallele Nutzung möglich sei. Frau Harlfinger-Düpow erwidert, dass zunächst geprüft werden müsse, ob die Nutzung einer regulären ÖPNV-Linie zumutbar sei. Hierzu würden verschiedene Parameter, z.B. Wartezeiten, Entfernung zwischen zwei Haltestellen und Zeitfenster, zugrunde gelegt.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, gibt die Ergebnisse einer Befragung von Seniorinnen und Senioren wieder, nach der das derzeitige System des ASM für diese Personengruppe das beste sei. Die Nachtbuslinien seien in der derzeitigen Planung nicht geeignet, dem Sicherheitsbedürfnis von Seniorinnen und Senioren ausreichend entgegenzukommen und würden nicht die mannigfaltigen körperlichen Einschränkungen berücksichtigen.

Nach etwa 75 Minuten Sitzungsdauer bestimmt der Ausschuss für Mobilität einstimmig Ratsherren Schultz als dienstältestes Ausschussmitglied zum Ausschussvorsitz, da die Ausschussvorsitzende Redenius die Sitzung verlässt und der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gerlach, nicht anwesend ist.

Herr Mädge beanstandet die teilweise Umbenennung der Linien und dass die Haltestelle Bülow's Kamp nun von zwei Linien angefahren werden solle. Seiner Erfahrung nach sei die Linie zwischen Innenstadt und Kaltenmoor nicht sehr stark frequentiert.

Ratsherr Kohlstedt erachtet die geplante Linienführung zwischen Innenstadt und dem Stadtteil Kreideberg als Verschlechterung zur jetzigen Situation.

Ausschussvorsitzender Schultz bittet die Fraktionen und beratenden Mitglieder um die Einreichung ihrer Stellungnahmen, Verbesserungswünsche und Anregungen.

Herr Mädge weist auf die mangelnde Anbindung des Marktplatzes und die Überlastung des ZOBs hin.

Erster Stadtrat Moßmann bittet darum, dass die Stellungnahmen der verschiedenen Institutionen, die durch die beratenden Mitglieder repräsentiert werden, der Stadt zur Kenntnis gegeben werden.

Ratsherr Blanck bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass eine Linienführung über das Hanseviertel bis zum Bilmer Berg geführt werden solle. Herr Müller gibt an, dass die vorgestellten Linienführungen unter der Annahme realistischer Bedingungen berechnet wurden.

Ratsherr Soldan kritisiert, dass es zukünftig keine Linie mehr durch den Stadtteil Zeltberg, sondern nur noch daran vorbei geben solle. Er verweist darauf, dass die Linie 5410 neue Haltestellen Am Alten Eisenwerk benötige und fragt, wer diese finanzieren werde. Herr Müller führt aus, dass der Stadtteil Zeltberg auch zukünftig angebunden sei. Frau Harlfinger-Düpow sagt, dass der jeweils zuständige Straßenbaulastträger für einen Ausbau von Haltestellen zuständig sei.

Ratsfrau Kabasci möchte wissen, warum die Linie 5015 die einzige Linie sei, die nicht auf den 20-Minuten-Takt umgestellt werde. Herr Müller sieht nicht den Bedarf für einen 20-Minuten-Takt in Richtung Ebensberg.

Herr Müller führt aus, dass On-demand-Verkehre in den bisher noch nicht erschlossenen Gebieten wie Wilschenbruch und Hagen nach Bedarf eingerichtet werden könnten. Hier müssten die Anwohnenden diesen Bedarf auch kommunizieren. Im Nahverkehrsplan seien diese Details nicht abschließend festgeschrieben, es gebe daher im Prozess der Gestaltung des ÖPNV durch die MOIN noch die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen. Die bereits skizzierten Vorschläge im Nahverkehrsplan seien auf Grundlage des Gutachtens entstanden, auch diese seien anpassungsfähig.

Frau Schmidt, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Behindertenbeirates, plädiert ausdrücklich dafür, das ÖPNV-Angebot für Menschen mit Behinderung und Mobilitätseinschränkungen zu verbessern.

Auf Rückfrage der Ratsherren Lühmann und Soldan erläutert Frau Harlfinger-Düpow, dass die konkreten Kosten für On-demand-Verkehre, die durch die Fahrgäste zu entrichten sind, noch nicht feststehen. Die konkreten Kalkulationen würden durch die MOIN noch erarbeitet.

Frau Harlfinger-Düpow berichtet weiterhin, dass der Landkreis beim Thema der Busbeschleunigung eng mit der Hansestadt Lüneburg zusammenarbeite. Ziel sei es, dass der ÖPNV flüssig (bzw. flüssiger als bisher) durch das Stadtgebiet fahre.

Herr Mäde kritisiert die aktuelle Planung der Busspur in der Dahlenburger Landstraße, worauf Erster Stadtrat Moßmann auf die vorliegende Verkehrsuntersuchung, deren Ergebnisse in die Planung eingeflossen seien, verweist.

Ratsherr Kohlstedt führt verschiedene geplante Baumaßnahmen der nächsten Jahre an und möchte wissen, ob die MOIN jeweils flexibel darauf reagieren könne.

Herr Müller erklärt, dass bei jeder Baustelle, die Auswirkungen auf den ÖPNV hat, in Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde die jeweils beste Umleitung/Lösung gesucht werde. Generell seien die Nutzungsansprüche in den letzten Jahrzehnten, auch aufgrund der enorm angewachsenen Einwohnendenzahlen bei relativ gleichbleibendem Verkehrsraum, stark gestiegen. Damit könne man im Hinblick auf den ÖPNV umgehen.

Herr Wenk bemerkt, dass im Stadtgebiet zugeparkte Kreuzungen dafür sorgen würden, dass Busse nur schwer abbiegen könnten. Die dadurch entstehenden Verzögerungen könnten mit straßenverkehrsrechtlichen oder straßenbaulichen Maßnahmen verhindert werden und würden deutlich zu einer Busbeschleunigung beitragen.

Ratsherr Soldan fragt, ob im Stadtgebiet zukünftig ausschließlich Elektrobusse fahren würden. Herr Müller entgegnet, dass dies nicht der Fall sei, zunächst würden 2026 zehn neue Elektrobusse angeschafft, 2027 zehn weitere. Die Anzahl der Elektrobusse solle dann in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich wachsen.

Frau Harlfinger-Düpow legt dar, dass für verschiedene Maßnahmen, u.a. die Mobilitätszentrale, Fördermittel in Anspruch genommen werden könnten. Um sich diese Möglichkeit sichern zu können, seien einige Maßnahmen im Nahverkehrsplan abgebildet.

Ratsherr Blanck möchte wissen, ob die MOIN plant, zukünftig in den Bussen auch bargeldlos zahlen zu können. Herr Müller bejaht dies und gibt hierfür einen mittelfristigen Zeithorizont an. Herr Mäde weist auf die Hamburger Tarifstruktur mit Kurzstrecken- und Sozialtarif hin und bekräftigt die Forderung des Seniorenbeirats, auch diese Tarifmöglichkeiten für Lüneburg zu schaffen.

Ratsherr Soldan erkundigt sich, ob eine Pendellinie zwischen den Sülzwiesen und der Innenstadt bzw. Bahnhof gefördert werden könne. Frau Harlfinger-Düpow verneint dies mit dem Hinweis, dass alleine landesbedeutsame Linien durch das Land Niedersachsen gefördert würden.

Ratsherr Schultz fragt an, wie das sogenannte Grundangebot des ÖPNV definiert sei. Frau Harlfinger-Düpow erklärt, dass die Entscheidung, Angebote über das Grundangebot hinaus zu finanzieren, durch die Kommunalpolitik getroffen werde. Der aktuelle ÖPNV und die entsprechend im Haushalt veranschlagten Kosten entsprächen dem Grundangebot. Herr Müller ergänzt, dass es keine abschließende Definition gebe und die Kommunen ihr Grundangebot selbst festlegten.

**Zu TOP 8 Anfrage "Anbindung des geplanten Bahn-Haltepunkts an die Universität
 (Anfrage des AStA vom 06.05.2025, eingegangen am 06.05.2025)
 VO/11885/25**

Erster Stadtrat Moßmann erläutert die Antwort der Verwaltung.

Ratsherr Soldan fragt zu der Haltstelle Hagemannsweg (Linie 5004, 5005). Im Rahmen der Autobahnbaumaßnahme würde diese entfallen, sei aber insbesondere für die Schülerverkehre bedeutsam. Er möchte wissen, was diesbezüglich geplant sei.

Erster Stadtrat Moßmann betont, dass die Hansestadt Lüneburg bereits in ihren Stellungnahmen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens deutlich gemacht habe, dass sowohl in der Bau- als auch der Betriebsphase eine Alternative zu dieser Haltestelle geschaffen werden müsse. Hierzu stehe die Stadt im Austausch mit der Autobahn GmbH. Er sei zuversichtlich, dass es zu keiner Angebotsverschlechterung für die Anwohnenden in Ochtmissen komme.

Ratsherr Kohlstedt bittet darum, dass am Bahnhof die Taxistände markiert werden. Herr Moßmann sichert zu, dass diese Markierung im Zuge der Bauarbeiten in der Dahlenburger Landstraße erfolge.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, weist darauf hin, dass die Bushaltestelle am Krankenhaus (Richtung stadtauswärts) nicht barrierefrei ausgebaut sei und dass ein direkter Übergang zum Krankenhaus fehle, räumt aber gleichzeitig ein, dass die Straßenbreite dies derzeit wohl nicht zulasse.

Auf Frage des Ratsherrn Lühmann erläutert Erster Stadtrat Moßmann, warum der Radschutzstreifen stadteinwärts auf dem Oedemer Weg demarkiert worden sei. Die Fahrbahnbreite reiche inzwischen nicht mehr aus, um beidseits regelkonforme Radschutzstreifen zu markieren.

Ratsherr Goralczyk bittet um Auskunft zum Ausbauzustand der Anna-Vogelei-Straße und fragt, ob bei der geplanten Baumaßnahme für einen Poller in der Neuen Sülze die Baumaßnahme der Sparkasse berücksichtigt worden sei.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass ein gemeinsamer Termin zur Anna-Vogelei-Straße vor Ort mit dem Fachbereichsleiter 7, Herrn Matz, stattgefunden habe. Die Verzögerung des Ausbaus sei bedauerlich. Die Stadt setze sich nach Kräften dafür ein, dass der Ausbau zügig abgeschlossen werden könne und sei dafür mit allen Beteiligten im engen Austausch. Die Baumaßnahmen in der Neuen Sülze zur Errichtung des Pollers würden koordiniert stattfinden, dabei werde die Baustelle an der Sparkasse mit bedacht.